

06.01.2010 - 13:34 Uhr

Stiftungsräte und Pensionskassenfachleute gegen Senkung des Umwandlungssatzes

Bern (ots) -

Die Befürworter einer Rentensenkung in der zweiten Säule, allen voran Economiesuisse, ASIP und die Versicherungswirtschaft, erwecken den Eindruck, die geplante Senkung des Umwandlungssatzes werde von den Arbeitnehmervertretern in den Pensionskassen-Stiftungsräten unterstützt. Das Gegenteil ist der Fall: Zahlreiche Stiftungsräte sind mit der vorgesehenen Senkung der künftigen Renten nicht einverstanden (u.a. Stiftungsräte aus den Pensionskassen der SBB, der Post und der SRG SSR Idée Suisse, aus den Kassen der Novartis, Syngenta, Clariant, Valorec, Freelance, Securitas, Bâloise und Profond sowie aus den öffentlich-rechtlichen Kassen des Bundes (Publica), der Stadt Zürich, des Kantons Thurgau, des Kantons Bern und der Stadt Winterthur). Sie haben sich zusammen mit Fachleuten der zweiten Säule, die sich in ihrer Kritik am Rentenklau von ASIP und Versicherungswirtschaft nicht ernst genommen fühlen, in einem Komitee gegen die Senkung des Umwandlungssatzes organisiert. Sie empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 7. März ein Nein in die Urne zu legen.

Für die Mitglieder des Komitees ist die Diskussion um die Senkung des Umwandlungssatzes eine politische und keine technische. Tatsache ist, dass der geplante Abbau von Leistungen das Vertrauen der Versicherten in die berufliche Vorsorge erschüttert, weil dadurch Versprechen nicht eingehalten werden. Die Versicherten haben sich auf die versprochene Rentenleistung verlassen und ihre Lebensplanung danach eingerichtet. Eine Senkung des Umwandlungssatzes hätte für viele unzumutbare Renteneinbussen zur Folge. Inhaltlich ist die Notwendigkeit einer Rentensenkung auf Vorrat nicht gegeben. In der Vergangenheit haben die Pensionskassen eine deutlich höhere Rendite erzielt, als dies zur Finanzierung des aktuellen Umwandlungssatzes notwendig ist. Die steigende Lebenserwartung wurde bereits bei der vergangenen BVG-Revision 2003 berücksichtigt. Eine Senkung der Renten auf Vorrat ist daher nicht nötig. Sollten in der Zukunft Finanzierungslücken in der zweiten Säule entstehen, müssen Lösungen gesucht und nicht einfach die Renten gekürzt werden.

Das Komitee "Stiftungsräte und Pensionskassenfachleute gegen den Rentenklau" wird sich anlässlich einer Medienkonferenz am 28. Januar ausführlich äussern.

Kontakt:

Jorge Serra, Stiftungsrat Pensionskasse Stadt Zürich
044 266 52 28
079 673 88 73